

Beschluss-(Resolutions-)Antrag

der Gemeinderät*innen Mag. Dolores Bakos, BA (NEOS), Mag. Bettina Emmerling, MSc (NEOS), Thomas Weber (NEOS), Mag. Nicole Berger-Krotsch (SPÖ), Mag. Marcus Gremel, MBA (SPÖ) und Peter Florianschütz, MA, MLS (SPÖ) zu Post Nr. 1 der Tagesordnung (Bildung, Jugend, Integration und Transparenz) für den Gemeinderat am 27.11.2023 - 28.11.2023.

Die Einführung des österreichischen Chancenindex bei der Zuteilung von Lehrer:innenplanstellen durch den Bund an die Länder

Wien, als internationale Großstadt, steht vor einzigartigen und komplexen Herausforderungen im Bildungsbereich. Die Sprachenvielfalt und die Integration von Kindern aus verschiedenen kulturellen und sozialen Hintergründen erfordern besondere pädagogische Ansätze und Ressourcen. Derzeit folgt die Zuteilung von Lehrer:innenplanstellen durch den Bund an die Länder einem allgemeinen Schema, das die spezifischen Bedürfnisse und Herausforderungen Wiens nicht ausreichend berücksichtigt. Dies führt zu einer Diskrepanz zwischen dem tatsächlichen Bedarf und den verfügbaren Ressourcen.

Die Einführung eines österreichweiten Chancenindex würde eine fairere und bedarfsgerechtere Verteilung der Lehrer:innenplanstellen ermöglichen und Schulen zukunftsstark für multiple Herausforderungen machen. Dieser Index sollte Faktoren wie Sprachenvielfalt, sozioökonomischen Hintergrund der Schüler:innen und besondere integrative Herausforderungen berücksichtigen und die Ressourcen nach der Größe der Herausforderungen der unterschiedlichen Standorte verteilt werden. Eine solche bedarfsorientierte Zuweisung von Ressourcen ist essenziell, um gleiche Bildungschancen für alle Schüler:innen zu gewährleisten, denn Österreichs Bildungseinrichtungen sind im unterschiedlichen Ausmaß von Herausforderungen betroffen. Es sind rund 346.000 Schüler:innen in Österreichs Schulen, die vor großen bis sehr großen Förderbedarf stehen. Aus diesem Grund ist es wichtig, dass je nach Herausforderung an Schulen zusätzliche finanzielle Mittel benötigt werden, um ein gerechtes Bildungssystem zu schaffen. Deswegen benötigt vor allem der Ballungsraum Wien eine transparente und bedarfsorientierte Finanzierung an Schulen.

Ebenso ist es unerlässlich endlich Tatsachen mit ausreichenden Ressourcen für ein inklusives Bildungssystem zu schaffen. Dieser Bereich ist nach wie vor chronisch unterfinanziert für zusätzliche Ressourcen. Der Bund deckt die Zuschüsse von Schüler:innen mit Sonderpädagogischen Förderbedarf (SPF) immer noch mit max. 2,7% aller Schüler:innen. Die Realität zeigt allerdings, dass es bundesweit 5,1% Schüler:innen mit SPF gibt. Dabei deckt der SPF gar nicht alle Schüler:innen mit Behinderungen ab, der tatsächliche Bedarf liegt also noch höher und wird aktuell nicht finanziert.

Zusätzlich zu einem langfristigen Chancenindex sind kurzfristige Maßnahmen erforderlich, um den akuten Bedarf in Wien zu decken. Wien hat bereits eigene finanzielle Mittel zur Verfügung gestellt, um die Bildungseinrichtungen zu unterstützen. Dies reicht jedoch nicht aus, um den Gesamtbedarf zu decken. Daher ist die Zuweisung von zusätzlichen Lehrer:innenplanstellen durch den Bund an Wien eine notwendige und dringende Maßnahme, um den Bildungserfolg und die Integration aller Schüler:innen zu fördern.

Die Umsetzung dieser Maßnahmen ist entscheidend für die Zukunft der Bildung in Wien und trägt wesentlich zur Chancengleichheit und zur sozialen Integration bei.

Die gefertigten Gemeinderätinnen und Gemeinderäte stellen daher gem. § 27 Abs. 4 der Geschäftsordnung des Gemeinderates der Stadt Wien folgenden

Beschluss- (Resolutions-) Antrag:

Der Wiener Gemeinderat fordert den Bundesminister für Bildung, Wissenschaft und Forschung dazu auf, Maßnahmen zur Herstellung von Chancengerechtigkeit für alle Schülerinnen und Schüler zu ergreifen, insbesondere

- Die ehestmögliche Einführung eines österreichweiten Chancenindex bei der Zuteilung der Lehrer:innenplanstellen an die Länder
- Eine deutliche Erhöhung der finanziellen Mittel für ein inklusives Bildungssystem bzw. Schüler:innen mit Behinderung bereitzustellen
- Bis zur Umsetzung sollen dem Bundesland Wien aufgrund der besonderen Herausforderungen einer Großstadt zusätzliche Lehrer:innenplanstellen zugewiesen werden, um die notwendige Unterstützung zu bieten.

In formeller Hinsicht beantragen wir die sofortige Abstimmung.

24.11.2023